



PALÄSTINA INFO

HALBJÄHRLICHE ZEITUNG DER PALÄSTINA SOLIDARITÄT REGION BASEL
UND PALÄSTINAKOMITEE ZÜRICH





Aktivitäten des Palästinakomitees Zürich

Das Palästinakomitee Zürich unterstützt ab sofort die Herausgabe des **Bulletins** und stellt sich hier kurz vor.

Zum internationalen Protesttag gegen den Mauerbau lancierten wir eine Petition an den Bundesrat und führten in Zürich verschiedene Kundgebungen mit einer zementverkleideten Mauer von 2,5 m Höhe und 5 m Länge durch. Mit Megafon und VBZ-Tschingel machten wir auf die schweren Völkerrechtsverletzungen durch den Mauerbau aufmerksam.

Wir führten regelmässige Standaktionen in Zürich durch mit dem Schwerpunktthema „Boykott von israelischen Produkten bis zum Ende der Besatzung in Palästina“.

Ein Vorstandsmitglied engagiert sich in unserem Namen beim Projekt „Gemeinden für Gemeinden“ – ein Projekt, das Verbindungen zwischen schweizerischen Gemeinden und Gemeinden in Palästina herstellen will.

Den vollständigen Jahresbericht haben wir an unsere Mitglieder und SpenderInnen verschickt.

Aus PaKo wird PaSo

Am 15. Dezember konstituierte sich das Palästinakomitee nach vier Jahren Tätigkeit als Verein und benannte sich an der Gründungsversammlung in „Palästina-Solidarität der Region Basel“ um. An der Versammlung wurden die (bisher gültige) Plattform sowie neu Statuten verabschiedet und ein Vorstand gewählt. Die Vorstandssitzung findet wie gewohnt am ersten Dienstag des Monats statt. Die Sitzungen sind offen und alle TeilnehmerInnen können mitbestimmen. Wer mit einer Mitgliedschaft unsere Aktivitäten unterstützen möchte, zahlt mindestens 20 Franken im Jahr auf das PC-Konto 40-756856-2.



Am 17.11.04 erfuhren wir vom Tod unseres Vorstandsmitgliedes **Hänse Dettli vom PaKo Zürich**. Es ist für uns alle ein grosser Verlust.

Palästinensische GewerkschafterInnen in Basel

Ghadeer ALSHEIKH, Gewerkschaftskordinatorin von Tulkarem und Frauenverantwortliche im Textilbereich, Nabil JINAWI, Präsident der Gewerkschaft Telekommunikation aus Nablus, und Mahmoud ZIADA, Gewerkschaftskordinator des DWRC (Zentrum für ArbeiterInnenrechte in Ramallah) und Präsident der Organisation der Familien von Gefangenen, besuchten am 3. Dezember Basel. Sie waren Teil einer 10-köpfigen Gewerkschaftsdelegation, die auf Einladung französischer und spanischer Gewerkschaften Europa besuchten. Die drei sprachen auch in Lausanne und Genf. Neben verschiedenen Gesprächen (IGA, Basler Zeitung) organisierte das Palästina-Komitee zusammen mit den Gewerkschaftsbünden Basel-Stadt und Baselland am Abend eine Informationsveranstaltung.



Titelbild: Wegen SiedlerInnen und Militärübergriffen geschlossener Markt in der Altstadt vom Hebron. Photo (ab), Titelgestaltung (ld)

Verkauf von Olivenöl und Za'tar durch PaSo

Das Paso organisiert seit drei Jahren Verkaufsstände, insbesondere in der Adventszeit. Auch im Herbst 04 standen wir auf dem Bankenplatz oder an der Schiffflände. Daneben verkauften wir auch Öl und Za'tar an die Neue PdA, die IGA, BastA!, das Hirscheneck und verschiedene Einzelpersonen, die das Öl resp. Za'tar in ihren Kreisen absetzten. Insgesamt verkauften wir im Raum Basel ca. 500 Flaschen Öl und ca. 350 Säckchen Za'tar.

Das PaSo arbeitet mit dem Verein „Olivenölkampagne“ in Zürich zusammen. Dieser bezieht das Olivenöl von PARC (Palestinian Agriculture Relief Committees), einer Basisorganisation von etlichen bäuerlichen Genossenschaften in den besetzten Gebieten.

Diskussion über das „Genfer Abkommen“

Anschliessend an den formellen Teil der Gründungsversammlung diskutierten Anjuska Weil und Laurent Vonwiller (pro) sowie Sami Daher und Birgit Althaler (contra) über Inhalt, Auswirkungen und Nützlichkeit des Genfer Abkommens. Das Gespräch wurde vom Journalisten Andreas Zumach geleitet. Ca. 70 Interessierte verfolgten die kontroverse und spannende Diskussion. Die Palästina-Solidarität hatte den von der offiziellen Schweiz unterstützten Vorschlag für ein Friedensabkommen seit einem Jahr verschiedentlich diskutiert und beschloss darauf, die Diskussion anlässlich der GV an die Öffentlichkeit zu geben.

Spenden braucht's!

Unterstützt mit Eurer Spende das Erscheinen des Palästina-Infos! Es finanziert sich durch den Verkauf zum Stückpreis von zwei Franken und vor allem durch Spenden von LeserInnen (Gratisversand). Herzlichen Dank an dieser Stelle den grosszügigen SpenderInnen der ersten Ausgabe!

Geldspenden an:
Palästina-Komitee Region Basel,
Postfach 4070, 4002 Basel,
PC 40-756856-2

Ohne Einkommen keine Selbstbestimmung

Die Wirtschaft und das Einkommen der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten sind vollständig abhängig von Israel. Israel nutzt bisher diese Abhängigkeit, um den Widerstand gegen die Besatzung zu ersticken und PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten zu vertreiben. Armut und Hunger sind die Folge.

Die 1,4 Millionen PalästinenserInnen im Gazastreifen sind seit 1994 durch den israelischen „Sicherheitszaun“ vollständig von der Aussenwelt abgeschlossen. Von diesen 1,4 Millionen konnten 1999 noch 29 865 Menschen täglich das „Freiluftgefängnis“ verlassen (hauptsächlich um in Israel einer Arbeit nachzugehen). Im Jahr 2004 waren es durchschnittlich gerade noch 1946 Menschen (UNO-Bericht über die humanitäre Situation im Gazastreifen). Seit Anfang 2005 riegelt die israelische Armee die Übergänge praktisch vollständig ab (zeitweise auch für Nahrungsmittellieferungen).

Die Journalistin Leila Farsakh hat in einem Artikel diese Abhängigkeit beschrieben. 1977 waren rund 30 Prozent der Arbeitskräfte der Westbank und 40 Prozent jener aus Gaza in Israel beschäftigt. Beide Zahlen sanken drastisch, nachdem Israel 1993 die Gebiete abriegelte. Im Jahr 2000, vor Ausbruch der zweiten Intifada, arbeiteten 16 Prozent der Erwerbstätigen der Westbank und 25 Prozent derer aus Gaza in Israel. (Challenge, Juli 04) Nach 4 Jahren Intifada schätzt die Weltbank die Zahl der in Israel Beschäftigten auf 33 000, wobei die Hälfte davon illegal und ohne Bewilligung (hauptsächlich aus der Westbank) in Israel arbeiten.

Die internen Abriegelungen und die systematische Zerstörung von Werkstätten, Märkten und landwirtschaftlichen Flächen hat zudem die palästinensische Wirtschaft in den besetzten Gebieten weitgehend lahmgelegt.

Die Auswirkungen der Besatzung und die erwähnte Abhängigkeit haben katastrophale Folgen für die Betroffenen. So schreibt die ILO (internationales Arbeitsamt in Genf): „In den besetzten Gebieten wird die Wirtschaft stranguliert, und dies hat weitreichende soziale Auswirkungen. Die palästinensische Gesellschaft leidet unter Armut und überlebt nur dank umfangreicher Hilfe aus dem Ausland.“ (J. Somavia, Generaldirektor der ILO, Frühling 04). Nur noch ein Drittel der Erwerbsfähigen verfügt im Westjordanland über eine bezahlte Arbeit. Im Gazastreifen geht sogar nur eine/r von 7,6 Erwerbsfähigen einer bezahlten Arbeit nach. (ILO) Die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten lebt unter der Armutsgrenze. Die gesamte Bevölkerung musste seit 1999 ihren Lebensmittelkonsum um 30–35 Prozent reduzieren. 13,3 Prozent der Kleinkinder zwischen 6–39 Monaten leiden an Unterernährung. Dies ist vergleichbar mit Eritrea 1995 oder Nigeria 1999. (Weltbankbericht vom Juni 04) Im Gazastreifen war im Jahr 2003 rund die Hälfte der Bevölkerung von Nahrungshilfe abhängig. Die Armut hat sich in den letzten fünf Jahren in den besetzten Gebieten verdreifacht. (ILO)

Israel hat mit dem Ausschluss palästinensischer ArbeiterInnen und der Abhängigmachung der Wirtschaft in den besetzten Gebieten gezielt die Verwirklichung der Grossisraelpläne vorbereitet, die eine vollständige Zerstörung der Wirtschaft und eine schlussendliche Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus den besetzten Gebieten beabsichtigt. Auch wenn unter internationalem Druck eine palästinensische Selbstverwaltung in den besetzten Gebieten durchgesetzt würde, wäre die wirtschaftliche Unabhängigkeit zentrale Voraussetzung; ansonsten wird aus der palästinensischen Selbstverwaltung ein Bantustan nach südafrikanischem Apartheidsmuster. Der freie Export von Gütern und der freie Durchlass der palästinensischen Lohnabhängigen nach Israel sind zentrale Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedenslösung. (Siehe auch Artikel über den Weltbankbericht zum Gaza-Rückzugsplan)

Quellen: ILO-Bericht über die besetzten arabischen Gebiete vom Sommer 04, auf Deutsch unter <http://www.ilo.org/public/german/standards/relm/ilc/ilc92/pdf/rep-i-a-ax.pdf>.

Weitere Berichte in israelischen Zeitung Challenge: auf Deutsch: <http://www.challenge-magazin.de>, auf Englisch: <http://www.workersadvicecenter.org>.



Palästinensischer Bäcker mit israelischen Soldaten in Hebron

Frauenenerwerbsarbeit



Das Bildungsniveau der palästinensischen Frauen ist im Vergleich mit anderen Ländern im Nahen Osten hoch, trotzdem ist die Erwerbsquote niedrig (13 % aller Erwerbstätigen sind Frauen). Die Frauen arbeiten vor allem in der Landwirtschaft und im Dienstleistungssektor. Die niedrige Erwerbsquote ist Ausdruck des wirtschaftlichen Niedergangs (insbesondere in der Frauendomäne Landwirtschaft). Dazu kommen die hohe Kinderzahl pro Familie (6,1 Kinder pro Frau) und die konservativen Wertvorstellungen der palästinensischen Mehrheitsgesellschaft. Die Frauen verdienen für die gleiche Arbeit zwei Drittel der Löhne der Männer.

GAZA und Israel

Gaza: No exit



Wartende Arbeiter am Checkpoint Erez im Gazastreifen

Jeden Morgen um 2 Uhr stehen am Checkpoint Erez im Gazastreifen zwischen 10 000 und 15 000 Arbeiter. Von ihnen werden voraussichtlich am Morgen ca. 3000 den Checkpoint passieren können. Je nach Laune der Soldaten oder Armeebehörden können es auch weniger sein, oder es wird sogar niemand durchgelassen. Die Arbeiter brechen schon abends um 22 Uhr von zu Hause auf, um rechtzeitig am Checkpoint in der Schlange zu stehen und zu den Vorderen zu gehören, die ev. Chancen haben, ausreisen zu dürfen. Schlechter haben es die Arbeiter aus dem Süden und dem Zentrum des Gazastreifens. Sie müssen vorgängig zwei Checkpoints passieren, die den Gazastreifen in drei Teile teilen. Sie verlassen schon um 20 Uhr ihre Familien, um rechtzeitig zum Checkpoint Erez zu gelangen.

Den Arbeitern ist es verboten, Essen oder andere Gegenstände mitzunehmen. Toiletten gibt es keine, an Sitzen und Schlafen ist im Gedränge auch nicht zu denken. So stehen die Männer sechs Nächte pro Woche in der Schlange und lassen die Schikanen und Erniedrigungen der israelischen Soldaten über sich ergehen.

Angesichts der grossen Not nehmen Menschen unvorstellbare Strapazen auf sich, um vielleicht doch am nächsten Tag ein paar Shekel in Israel verdienen zu können. Gross ist der Verdienst im Vergleich zur Zeit vor der zweiten Intifada und der zweijährigen Abriegelung nicht mehr. Die meisten Arbeiter haben ihre festen Stellen verloren und gehen deshalb, falls sie den Checkpoint passieren können, auf den Arbeitsstrich in Jaffa. Die Strasse in Jaffa trägt bezeichnenderweise den Übernahmen „Gaza-Street“.

Sklavenarbeit in Israel



Im Quartier um den Busbahnhof: Asiatischer Laden in Tel Aviv für (illegale) ImmigrantInnen aus Asien

In Israel arbeiten rund 300 000 (2001) rechtlose ausländische, nicht-jüdische ArbeiterInnen unter sklavenähnlichen Bedingungen. Das sind 12,5 Prozent aller Erwerbstätigen. Mehr als die Hälfte lebt und arbeitet illegal in Israel. Sie kommen aus Rumänien, China, den Philippinen, Thailand und anderen Ländern Osteuropas und Asiens. Sie arbeiten vor allem auf dem Bau, in der Landwirtschaft und in der Hauspflege bei Kranken und Behinderten. Seit 1993 fördert die Regierung die Einreise der ArbeitsmigrantInnen im grossen Stil, um die palästinensischen Arbeitskräfte zu ersetzen.

Der Import von billigen ausländischen Arbeitskräften ist für die israelischen Leihfirmen wie die Unternehmer in Israel eine wichtige Profitquelle geworden. Die ArbeiterInnen müssen 2000 bis 15 000 Dollar im Voraus zahlen oder ihre Häuser im Herkunftsland an die Leihfirmen verpfänden (üblich in Rumänien), um überhaupt nach Israel zu kommen. In ihren Pass wird der Arbeitgeber, für den sie in Israel arbeiten sollen, eingetragen. Die meisten UnternehmerInnen nehmen den ArbeiterInnen die Pässe ab, sodass diese sich nicht mehr frei im Land bewegen können. Als illegale Einwanderer leben sie in Gefahr, aufgegriffen und in ihr Heimatland ausgeschafft zu werden. Die Arbeitgeber nutzen diese Abhängigkeit ausgiebig aus. 70 Prozent der Betroffenen erhalten – laut Studien des Arbeitsministeriums – den gesetzlich vorgeschriebenen Minimallohn nicht. Oft müssen sie in prekären Unterkünften an ihren Arbeitsorten leben und werden von ihren Arbeitgebern und Bodyguards auf Schritt und Tritt bewacht. Zudem sind diese ausländischen Arbeitskräfte weitgehend von den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialleistungen (Kranken-, Invaliden- und Mutterschaftsversicherung) ausgeschlossen. Wenn sie krank, invalid oder schwanger werden, werden sie meist in ihre Heimatländer abgeschoben. Weil die Arbeitsbedingungen derart schlecht sind und die versprochenen Löhne oft nicht bezahlt werden, verlässt die Mehrheit der einst legal eingereisten ArbeiterInnen die ihnen zugeteilten ArbeitgeberInnen und taucht in die Illegalität ab.

Im September 2002 hat die Regierung Sharon eine spezielle Ausländerpolizei geschaffen. Ziel der Regierung ist es, jährlich 50 000 ArbeitsimmigrantInnen in ihre Heimat abzuschieben. Die Abschiebung von Tausenden von ausländischen ArbeiterInnen hat den Druck auf sie und ihre Erpressbarkeit erhöht. So arbeiten Behörden, UnternehmerInnen und Leihfirmen Hand in Hand. Das Geschäft mit der Immigration ist so lukrativ und alltäglich, dass israelische Tageszeitungen schon mehrere Fälle von Schmiergeldaffären bis in die höchsten Regierungstellen aufgedeckt haben. Es wurden sogar Illegale bei Renovationsarbeiten in der Knesset oder bei Reinigungsarbeiten in Polizeistationen in Tel Aviv registriert.

Quelle: Hotline for Migrant Workers in Tel Aviv, www.hotline.org.il.

Die Siedlung vor dem Fenster

Abu lunis, ein 75-jähriger Palästinenser, lebt mit seiner Frau ausserhalb von Hebron. Langsam, auf einen Stock gestützt, führt er uns auf seinem Grundstück herum. Unmittelbar hinter seinem Haus zeigt er die zertrampelten Trauben der Reben, die die israelischen Siedler wenige Tage zuvor niedrigerissen und mit Füßen zerquetscht haben. Dann deutet er auf die Siedlung, die sein Haus hoch überragt. Nur einen Steinwurf entfernt, dort, wo einst ein Grossteil des Landes seiner Familie lag, steht heute Kiryat Arba, die älteste israelische Siedlung im Westjordanland mit mehreren tausend EinwohnerInnen.

Ich traf Abu lunis während eines ISM-Einsatzes im Westjordanland im Herbst 2004. Unser Ziel war es, palästinensische Bauern und Bäuerinnen bei der Ernte in gefährlichen Gebieten zu unterstützen. Als gefährlich gelten Gebiete, die in der Nähe von Siedlungen oder der Trennungsmauer liegen. Die Menschen dort sind am häufigsten Ziel von Angriffen durch israelische SoldatInnen oder SiedlerInnen, und ohne Hilfe von aussen sind sie diesen schutzlos ausgesetzt.

Abu lunis lud uns zum Tee ein und erzählte uns seine Geschichte: eine Geschichte, wie man sie im Westjordanland immer wieder hört.

Während Generationen bewirtschaftete Abu lunis' Familie ein acht Hektar grosses Stück Land ausserhalb Hebron, etwa so gross wie ein Fussballfeld. Seit dem Sechstagekrieg wurde dieses Land Stück für Stück enteignet, sei es durch einen neuen Sicherheitszaun um die Siedlung oder durch andere Methoden. Von den acht Hektaren bleiben Abu lunis unterdessen noch 1,9 ha mit Olivenbäumen und einigen Reben. Aber auch dieses wenige Land können der alte Mann und seine Frau schon lange nicht mehr selbst bewirtschaften, dazu fehlt ihnen die Kraft. Ihre Kinder haben Hebron aus Angst vor den ewigen Übergriffen durch die Armee

verlassen; wer so nahe an einer Siedlung wohnt, dessen Haus wird regelmässig von der Armee durchsucht. Junge Männer, ob politisch aktiv oder nicht, werden dabei sehr oft willkürlich festgenommen und erst Tage oder Wochen später frei gelassen.

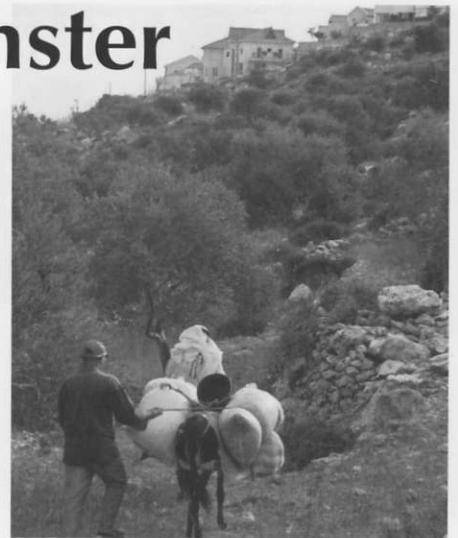
Nicht verwandte HelferInnen werden von der israelischen Armee meist nicht geduldet. Einige Wochen, bevor ich in Hebron ankam, wollte eine Gruppe von italienischen AktivistInnen Abu lunis bei der Olivenernte helfen. Wie vorgeschrieben, meldeten sie dies der Armee. Doch schon am ersten Tag wurden sie – trotz der gültigen Bewilligung – aufgefordert, das Grundstück von Abu lunis zu verlassen. Als Begründung wurden, wie immer „Sicherheitsgründe“ angegeben.

Immer wieder wird versucht, Abu lunis und seine Frau ganz zu vertreiben. Beinahe wöchentlich kommt eine Gruppe von SiedlerInnen auf sein Grundstück, beleidigt und bedroht Abu lunis und seine Frau, beschädigt Olivenbäume, Reben oder gar das Haus. Die Armee kommt immer wieder in der Nacht und durchsucht das Haus.

Die Bauern und Bäuerinnen im Westjordanland sind der Willkür ihrer Besitzer ausgesetzt. Jedes Jahr kommt es zu schweren Übergriffen sowohl von Seiten der SiedlerInnen wie auch von der Armee: PalästinenserInnen werden zusammengeschlagen, von ihrem Land vertrieben und die gesammelten Oliven werden auf dem Boden verstreut.

Abu lunis musste sich wenigstens dieses Jahr keine Gedanken um seine Oliven mehr machen: Während zwei Tagen halfen wir ihm bei der Olivenernte; natürlich ohne Bewilligung der Besatzungsmacht.

Aber schon nächstes Jahr steht er wie alle anderen palästinensischen Bauern und Bäuerinnen wieder vor denselben Problemen. Es gibt (noch) nicht genug internationale Helfer, als dass annähernd jedem Bauern/ jede Bäuerin unterstützt werden könnte.



Siedlergewalt und Enteignungen machen die Landwirtschaft in den besetzten Gebieten schwierig und gefährlich. Ein palästinensischer Bauer auf seinen Feldern unter der Siedlung Ariel (Westbank).

International Solidarity Movement



HelferInnen aus aller Welt vom International Solidarity Movement (ISM) bei der Olivenernte bei Abu lunis (Hebron, Westbank)

ISM steht für „International Solidarity Movement“. Die Organisation wurde im Jahr 2000 von einem jüdischen Israeli, einem Palästinenser und zwei US-AmerikanerInnen ins Leben gerufen. Diese waren der Überzeugung, dass die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete das Kernproblem des Nahostkonfliktes ist, und suchen nach einem Weg, wie internationale AktivistInnen einen Beitrag zu einem nachhaltigen, gerechten Frieden in der Region leisten können. ISM basiert auf drei Grundsätzen: 1. Konsensorientierte Entscheidungen (hierarchische Strukturen gibt es nicht) 2. Gewaltfreiheit 3. Führung durch die palästinensische Gemeinschaft.

In den letzten vier Jahren haben mehrere hundert Internationale (v.a. aus Europa und Nordamerika) – unter ihnen auch viele jüdischen Glaubens – an ISM-Kampagnen (z.B. gegen den Mauerbau oder zur Unterstützung bei der Olivenernte) teilgenommen. Die Länge des Einsatzes bestimmt jedeR selbst: von zwei Wochen bis sechs Monaten ist alles möglich.

Weitere Informationen unter:
www.palsolidarity.org



200 Meter von der Siedlung Kiryat Arba steht das Haus des bedrängten palästinensischen Bauern Abu lunis

Landwirtschaft in Palästina

Nirgends sonst zeigen sich die Auswirkungen der israelischen Politik so dramatisch wie in der Landwirtschaft. In ihr spiegeln sich sämtliche Facetten der seit 37 Jahren andauernden Besatzung: Landenteignung, Mauerbau, Armut, Siedlungen, Checkpoints und alltägliche Demütigungen.



Eine Bäuerin zeigt die von den Besatzern abgeschnittenen Äste ihres Olivenbaumes

Das wichtigste Produkt für die palästinensische Landwirtschaft sind Oliven, welche in kleinen Pressen zu Olivenöl verarbeitet werden. Geschätzte 10 Millionen Olivenbäume bedecken 45% des fruchtbaren Landes.¹ Das Pflücken ist eine aufwändige und zeitraubende Beschäftigung, welche Tausende von Arbeitskräften benötigt und beinahe einen Monat dauert. Bei dem heutigen Zustand der besetzten Gebiete ist die Ernte mit grossen zusätzlichen Schwierigkeiten verbunden.

Das Hauptproblem der palästinensischen Bauern und Bäuerinnen ist der Siedlungsausbau. Nach dem Sechstagekrieg 1967 wurde sämtliches Land in den besetzten Gebieten, welches als „ungenutzt“ eingestuft wurde, verstaatlicht. Dazu gehörte auch Land, welches Hirten und Beduinen nutzten, sowie Weideland und brach liegendes Ackerland. Wer

das Land nutzen oder bebauen will, muss seither eine Bewilligung einholen – bei derer Erteilung die PalästinenserInnen den israelischen SiedlerInnen gegenüber massiv benachteiligt werden.

Neue Siedlungen gibt es zwar kaum. Dafür werden bestehende systematisch ausgebaut. Die Armee baut (oft mithilfe verzweifelter palästinensischer Arbeitskräfte) vermehrt neue Zäune um diese herum – aus Sicherheitsgründen, wie gesagt wird. Dadurch wird immer mehr landwirtschaftlich genutztes Land enteignet. Von Gesetzes wegen haben die LandbesitzerInnen zwar das Recht, auch innerhalb von Siedlungen ihre Olivenbäume zu pflücken. Doch wird in den meisten Fällen dieses Recht von der Armee verweigert oder eingeschränkt, so dass eine Ernte unmöglich wird. Selbst wenn die Bauern in die Siedlungen gelangen könnten:

Die Angst vor den SiedlerInnen und deren Schikanen ist zu gross. Das gleiche Problem haben Hunderte von Kleinbauern und -bäuerinnen, die entlang der Trennmauer leben. Immer wieder erzwingt Israel durch Gerichtsentscheide kleine Änderungen zum Verlauf der Mauer. Diese ändern aber nichts an der Tatsache, dass die Trennmauer durch das Land der PalästinenserInnen verläuft. Laut den offiziellen Plänen werden so bis zur Fertigstellung 11% des Westjordanlandes abgezweigt.² Ausserdem werden jährlich unzählige Olivenbäume unter dem Vorwand der Sicherheit zerstört: Die UNO spricht von über 221 000 Stück seit September 2000.³

Das Landproblem ist nicht das einzige, mit dem die Bauern und Bäuerinnen zu kämpfen haben. Nach der Ernte stellt sich die nächste Frage: Wie transportiert man die Oliven zur Olivenpresse, und wie kommt das Olivenöl auf den Markt bzw. zum Händler?

Das Westjordanland hat ungefähr die Grösse des Kantons Waadt. In diesem kleinen Streifen Land, das durch 60 Checkpoints und mehrere hundert Strassenblockaden⁴ zerrissen ist, ist es manchmal unmöglich, das verarbeitete Olivenöl in die nächste grosse Stadt auf den Markt zu transportieren. Doch die PalästinenserInnen lassen sich nicht unterkriegen. Anstelle von Autos werden Esel eingesetzt, welche die Strassenblockaden passieren können. Der Aufwand für die Ernte wird durch all die Hindernisse aber immer grösser. Weil gleichzeitig der Preis für Olivenöl auf dem Weltmarkt gefallen ist, lohnt es sich für die Landwirte meist nicht mehr, Öl zu Exportzwecken zu verkaufen.

Auch die Zukunft sieht alles andere als rosig aus. Nach dem Rückzug aus dem Gazastreifen wird sich diese Situation nicht verbessern, denn die Siedlungen im Westjordanland bleiben unangetastet. Erst wenn alle illegalen Siedlungen in den besetzten Gebieten geräumt und die Besatzung beendet sein wird, kann sich die palästinensische Landwirtschaft erholen. Erst dann werden die Bauern und Bäuerinnen wieder ein vernünftiges Einkommen haben und ein menschenwürdiges Leben führen können.

1 UNO Fact Sheet: „The Olive Harvest in the Westbank and Gaza Strip October – November 2004“.

2 UNO-Broschüre: „The Humanitarian Impact of the West Bank Barrier on Palestinian Communities“.

3 siehe 1.

4 UNO: OCHA-Karte: „Westbank Closures, July 2004“.

GAZA-Rückzugsplan

Die Weltbank und der Gaza-Rückzugsplan

Im Juni vergangenen Jahres hat die Weltbank auf Verlangen der israelischen Regierung, der palästinensischen Autonomiebehörde und der internationalen Gemeinschaft ein Dossier verfasst, das sich mit den Auswirkungen des Gaza-Rückzugsplans auf die palästinensische Wirtschaft befasst. Die Weltbank scheut auch nicht die politische Kritik.



Kontrolle von Arbeitern in Nablus



Das Gatter ist wieder einmal geschlossen und alle müssen es umgehen: Strassensperre bei Jenin.

„Dieser Bericht mahnt uns: Die palästinensische Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Der Rückzug alleine wird diese gefährliche, unerträgliche Situation nicht ändern.“ Mit diesen Worten nimmt der Präsident der Weltbank, James S. Wolfensohn, bereits im Vorwort einen Teil der Ergebnisse vorweg: Der Rückzugsplan wird die wirtschaftliche Krisensituation in den besetzten Gebieten nicht beheben. Denn eine Arbeitslosenrate von rund 50 % in Gaza kommt nicht von irgendwo, sondern ist eine direkte Folge der israelischen Abriegelung. Die unzähligen Checkpoints, die Separationsmauer und die damit verbundene Inexistenz interner Transporte von Menschen und Waren verunmöglichen heute einen wirtschaftlichen Aufschwung. Dabei wäre gerade dies eine wichtige Voraussetzung für jegliche Form von Friedensprozess. Die Weltbank hat spezielle Hochrechnungen bis 2006 angestellt, um den wirtschaftlichen Status Quo der palästinensischen Autonomiegebiete mit jenem nach dem Rückzug zu vergleichen. Die Resultate

sind ernüchternd. Weder das Pro-Kopf-Einkommen noch die Arbeitslosenrate weisen eine merkliche Abweichung auf. Was den ohnehin bereits drastischen Werten (rund 72 % der Bevölkerung Gazas unter der Armutsgrenze!) noch eine grössere Dimension verleiht, ist die Tatsache, dass diese Hochrechnungen bereits Hilfgelder von mehreren hundert Mio. US\$ beinhalten. Die Weltbank geht dabei davon aus, dass die Hilfgelder 2005 und 2006 gegenüber den Vorjahren zurückgehen, da die Geldgeber angesichts der scheinbar aussichtslosen Lage weniger investieren werden. Sie macht aber darauf aufmerksam, dass gerade in diesen beiden Jahren ein zusätzliches Aufstocken der Hilfgelder, einhergehend mit dem Abbau der israelischen Abriegelung, dringend nötig wäre, um die wirtschaftliche Entwicklung der Autonomiegebiete anzustossen und einen völligen Kollaps zu verhindern.

Der Gaza-Rückzugsplan sieht keinen Rückzug der israelischen SoldatInnen aus den Grenzgebieten (z.B. zu Ägypten) vor.

Sowohl der Küstenstreifen wie auch der ganze Luftraum Gazas sollen unter exklusiver Kontrolle des israelischen Militärs bleiben. Dies können keine Bedingungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung der palästinensischen Autonomiegebiete sein, wenn man verhindern will, dass die Exporte nicht mehr wie heute zu 90 % über Israel laufen. Die Weltbank stellt in ihrem Dossier die Notwendigkeit einer Luft- und Seeanbindung der palästinensischen Gebiete an umliegende Staaten sowie einer Verbindung von Gazastreifen und Westbank in den Vordergrund. Durch die so genannten „international gateways“ soll beispielsweise ein direkter Warenfluss über Ägypten oder Jordanien möglich werden.

Generell ist noch nicht klar, wie das Elektrizitäts- und Wassernetz, das die israelischen Siedler zurücklassen, den PalästinenserInnen übergeben wird; denn Israel sieht vor, das Verfügungsrecht einer dritten, internationalen Partei zu übertragen, die es wiederum den PalästinenserInnen bereitstellt. Dies schliesst aus, dass die PalästinenserInnen autonom über ihre Ressourcen verfügen können.

Die Weltbank empfiehlt Israel, den palästinensischen Arbeitskräften in Israel die Arbeitsstelle für mehrere Jahre zu garantieren. Mit dem „Einlenken“ der israelischen Regierung (nachzulesen in dem letzten Dezember erschienenen Bericht über die weitere Diskussion zur Untersuchung) hat sich die Situation sogar verschlimmert: Der „überarbeitete“ Rückzugsplan sieht eine bis 2008 befristete und danach abrupt endende Arbeitsbewilligung für palästinensische ArbeiterInnen vor. Der Rückzugsplan ist in diesem Sinne nicht nur eine verschärfte Abriegelung: Er kommt zusätzlich einer regelrechten wirtschaftlichen Erdrosselung gleich. *nw*

Quelle:

The World Bank: Disengagement, the Palestinian Economy and the Settlements, June 23, 2004.
<http://www.worldbank.org/>, Middle East & North Africa / West Bank and Gaza

Interview mit den Regisseuren des Filmes „Route 181“

Wir trafen die beiden Filmemacher, den palästinensischen Israeli Michel Khleifi und den jüdischen Israeli Eyal Sivan, nach der Premiere ihres Filmes in Zürich. In einem kleinen, zum Kino gehörenden Café sprachen wir mit ihnen über ihren ausgesprochen empfehlenswerten Film und besonders über das Thema der Separation Israels und Palästinas.

Haben Sie diesen Film für ein spezielles Publikum gedreht?

Eyal Sivan: Nein. Der Film wurde als Film gemacht, ohne spezielle Gedanken daran, wer ihn sehen würde und was damit geschehen wird. Natürlich dachten wir, dass so ein Film in den verschiedenen Gesellschaften unterschiedlich aufgenommen werden würde. Dennoch ist es eine Vision, eine Position und eine Beschreibung der Realität, welche jeden interessieren kann. Denn der Palästina/Israel-Konflikt ist kein lokaler Konflikt, sondern ein internationaler.

Michel Khleifi: Und ein Konflikt zwischen Menschen. Ich denke, jeder Konflikt zwischen Menschen betrifft uns, betrifft dich und mich.

Warum greifen Sie auf die Geschichte von 1948 zurück bzw. auf den UNO-Teilungsplan von 1948? Warum machen Sie heute einen Film über etwas, was in der Vergangenheit liegt?

E.S.: Weil es eine Vergangenheit ist, die nicht vergeht. Alles was wir heute im Nahen Osten zu sehen bekommen, ist nur ein Schritt in dem Prozess, der Anfang des 20. Jahrhundert mit dem Plan der Kolonisierung Palästinas durch die zionistische Bewegung begann.

Wenn wir auf die Problematik heute schauen, so erkennen wir, dass in ihrem Zentrum eben 1948 steht – die Flüchtlinge, das Recht auf Rückkehr. Wenn wir darauf schauen, von wem die grössten Widerstände kommen und wer das grösste Leid zu ertragen hat, so sind es die Menschen in den Flüchtlingslagern. 1948 ist also der Ausgangspunkt.

Wenn heute von Friedensvisionen gesprochen wird, ist dies meist mit dem Konzept der Separation, der Trennung zwischen palästinensischer und israelischer Gesellschaft verbunden. Glauben Sie, dass es in dieser Richtung eine Lösung gibt?

M.K.: Nicht alle Menschen teilen die Idee der Separation und sehen darin einen Ansatz für Frieden. In meinen Augen ist es eine Illusion, dass Separation Frieden



„In meinen Augen ist es eine Illusion, dass Separation Frieden bringt.“ (Michel Khleifi)

bringt, wenn man darunter versteht, dass es meinetwegen zwei Staaten gibt, aber ohne dass einer herrscht und der andere beherrscht wird, ohne Machtgefälle im Nahen Osten oder weltweit. Im Gegenteil: Erst wenn sich beide Seiten gegenseitig akzeptieren und wenn beide zusammen leben könnten, gibt es Frieden.

Sie halten die Trennung für illusorisch?

E.S.: Ja, und zwar aus zwei Gründen. Um zu trennen, bedarf es militärischer, physischer Mittel. Separation ist nichts Naturwüchsiges. Wenn Sie Ihren Nachbarn gegenüber wohnen, ist das nicht Trennung, sondern ein nachbarschaftliches Miteinander. Separation ist eigentlich nur eine neue Bezeichnung für Besatzung. Früher sprach man von militärischer Besatzung, seit Oslo spricht man von „Friedensprozess“, und nun gibt es dafür den neuen Begriff Separation.

Nehmen Sie zum Beispiel den Gaza-Streifen: Separation bedeutet noch höhere Stacheldrähte, eine noch bessere technische Überwachung. Die Menschen sind eingeschlossen und die Israelis draussen bestimmen, ob die Milch hineinkommt oder nicht, ob die Menschen hineinkönnen oder nicht. Der holländische Begriff für Separation lautet Apartheid.

M.K.: Aber ihr in der Schweiz, seid ihr etwa für Separation?

(Gelächter) Stellt euch vor, in der Schweiz würde man eine Mauer bauen, nur weil es Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen gibt. Dies ist doch kein natürlicher Prozess. Was normal ist, ist die Frage, wie man sich einigen kann! Das Problem mit dem Zionismus ist, dass es nicht darum geht, zu integrieren, sich mit

anderen zu vermischen, sondern dass er die ewige Separation predigt. Das ist es. Die einzige richtige Haltung gegenüber dieser Haltung einer ethnokratischen Apartheid ist, zu sagen: Wir wollen zusammen leben und das Problem gemeinsam lösen.

Will das heissen, Sie haben diesen Film gedreht, um eine Einstaatenlösung zu propagandieren?

E.S. & M.K.: Nein, uns geht es nicht um Propaganda!

E.S.: Wir machen keine Propaganda, wir wollen, und das ist zentral, die Realität festhalten. Wir leben in einer verschachtelten Situation; die israelische und die palästinensische Gesellschaft leben nicht nebeneinander, sie sind miteinander verflochten, zum Teil überlagern sie sich. Ein Kibbuz oder Mochshav liegt oft auf dem Land eines palästinensischen Dorfs; dessen ursprüngliche BewohnerInnen leben vielleicht in unmittelbarer Nähe. Diese zwei Gesellschaften haben eine gemeinsame Geschichte, sind abhängig voneinander, und beide betrachten das Land, das sie bewohnen, als ihr eigenes. Beide unterstehen derselben Regierung. Angesichts dieser Realität ist die Frage der militärischen Besatzung entscheidend. Ohne ein Ende dieser Besatzung kann an Lösungen gar nicht gedacht werden. Heute heisst es, die Besatzung wird mit dem Konflikt enden. Das geht nicht. Das Ende dieser Besatzung ist der Ausgangspunkt, von dem aus überhaupt erst darüber nachgedacht werden kann, wie der Konflikt gelöst werden kann. In dem Sinn geht es nicht um die Frage, ob ein oder zwei Staaten.

FILM „ROUTE 181“



Die beiden Regisseure Michel Khleifi (rechts) und Eyal Sivan (links)

Und selbst wenn es einen israelischen und einen palästinensischen Staat gäbe, würde Israel ein binationaler Staat bleiben, der weiterhin das Land nur an Juden und nicht an Araber verkaufen würde. Das ist also keine Lösung. Die Frage der Entkolonialisierung ist daher auch nicht nur die Frage des Endes der Besatzung.

Ist die Separation eine Realität, die aus der Kolonisierung entstanden ist?

E.S.: Nein, die Separation ist die zeitgemässe Form der Militärherrschaft.

In allen Städten der Welt gibt es AraberInnen. In Paris, in New York, in Berlin, in Zürich und in Basel. Nur in Tel Aviv, einer orientalischen Stadt, gibt es keine AraberInnen, sie macht einen westlichen Eindruck, obwohl es auch im Westen AraberInnen gibt. Das ist Separation. Sie ist nicht nur ein Konzept, sie ist ein Faktum.

M.K.: Allein die Tatsache, dass die Supermächte, die Herrschenden für die Separation sind, ist schon Grund genug, dagegen zu sein. So einfach ist es. Ich glaube, dass die PalästinenserInnen das Recht auf Rückkehr haben. Das ist ein ganz wesentliches Recht. Diese Frage ist nicht lösbar ohne Gleichberechtigung. Es gibt viele Menschen, die nichts mit diesem Land zu tun haben und uns dennoch aufzwingen wollen, dass es getrennt, dass es anderen gegeben wird. Erst wenn man für beide Seiten grundsätzlich die gleichen Rechte anerkennt, kann eine Diskussion darüber beginnen, wie konkret die Probleme gelöst werden, ob es eine Föderation geben soll oder Teilung oder was auch immer. Ohne Anerkennung gleicher Rechte ist es unmöglich, aus diesem Kreis auszubrechen. Das ist wie bei einem Trauma, wenn man dieses nicht

erkennt, kann man keine Zukunft darauf aufbauen.

Ist Separation das Fundament des Zionismus?

E.S.: Nicht des Zionismus, sondern des Linkszionismus. Die Rechten haben nie von Separation gesprochen, sie wollen ein Grossisrael! Das ist das grosse Paradox: Sharon ist eigentlich kein Rechter; sein Ursprung ist in der Arbeitspartei, im sozialistischen Zionismus. Er stammt aus der Bewegung, die ein Maximum an freiem Boden mit einem Minimum an AraberInnen nur für Juden/Jüdinnen will. Die Idee der Separation, wie sie auch die Genfer Initiative propagiert, ist eine Rationalisierung. Daher muss man schauen, was das vor Ort konkret bedeutet: Es heisst, dass die Strassensperren zum Dauerzustand werden, dass es eine dominierende Gesellschaft gibt, die frei ist, und eine unterdrückte, die zur Trennung gezwungen wird. Die Separation findet ja auch zwischen palästinensischen Städten statt.

M.K.: Nehmen wir das Beispiel Gaza: Gaza ist total abgetrennt. Das Problem der Trennung ist das des Bewegungsrecht der PalästinenserInnen. Wenn ich aus Gaza ins Westjordanland möchte, müsste ich durch Israel. Dies geht aber nicht, denn der Boden gehört den Israelis. Also über das Meer? Ach nein, das gehört ja auch ihnen. Also durch die Luft? Aber nein, die gehört auch ihnen. In dieser Situation versuchen wir, ein würdiges Leben zu führen und wollen Gleichberechtigung. Aber das wollen sie auch nicht.

Wenn wir – ein Israeli und ein Palästinenser – über einen binationalen Staat nachdenken, dann deshalb, weil wir

helfen wollen, aus diesem Paradox herauszukommen; und um zu einem Staat zu kommen, der dazu fähig ist, seine BürgerInnen zu integrieren. Dann könnten auch die palästinensischen Flüchtlinge zurückkehren. Warum sollte es möglich sein, Zehntausende Falachen oder Menschen aus Tasachstan u.a. anzusiedeln, aber nicht, palästinensische Bauern und Bäuerinnen wiederanzusiedeln. Diese zu integrieren wäre doch kein Problem!

E.S.: Im Übrigen muss man bedenken, dass 300 000 palästinensische Flüchtlinge in Israel selbst als Binnenflüchtlinge leben. Das ist doch ein gutes Argument gegen die demografische Gefahr. Sie sind schon jetzt hier.

Sie haben erwähnt, dass die Idee des jüdischen Staates und die Idee der Separation ein Produkt des europäischen Kolonialismus sei.

E.S.: Ja natürlich. Ich sage sogar mehr:

Sie sind aus dem Kolonialismus hervorgegangen und in gewisser Weise die Realisierung einer Idee des Antisemitismus. Der Antisemitismus und der Zionismus gehen beide von einem „Judenproblem“ aus. Die „jüdische Frage“ ist eine europäische Frage.



UNO-Teilungsplan vom 29. November 1947, nach dem Palästina in zwei Staaten geteilt werden sollte.

ZUM FILM „Route 181“ Fragment einer Reise in Palästina-Israel

Michel Khleifi und Eyal Sivan reisten im Jahre 2002 durch ihr Heimatland, entlang der Grenze der UN-Resolution 181 von 1947, nach der Palästina in zwei Staaten geteilt werden sollte. Der Film hält viele Eindrücke fest, darunter besonders Gespräche mit den Menschen vor Ort, die ihre Erlebnisse aus den verschiedensten Blickwinkeln erzählen. Der Film ist in einer Kollektion von 4 DVDs, zum Preis von CHF 69.- erhältlich:

Über Moa Distribution, Pré-du-Marché 35, CH-1004 Lausanne oder im kult.kino atelier in Basel.

Die Wahlen 2005: Ablenkung vom Status Quo

Am 9. Januar 2005 feierten die westlichen Medien die palästinensischen Präsidentschaftswahlen und den Sieg des Fatah-Kandidaten Mahmud Abbas als beachtlichen Erfolg. Gelobt wurde nicht nur die „Fairness und Rechtmässigkeit“ der Wahlen, sondern auch der „gewaltlose Übergang zur Ära nach Jassir Arafat“.

Im Extremfall wurde dieser Optimismus sogar mit dem „Erfolg“ der Wahlen im Irak vom 30. Januar in Verbindung gebracht: Hier zeige sich das „Potential der Demokratie, im Nahen Osten Fuss zu fassen“. Doch leider hat dies nicht viel mit der Wahrheit zu tun. Die vergangenen Wahlen läuten keine neue Ära ein, sondern unterstreichen vielmehr, dass die amerikanisch-israelische Einschüchterung und Beherrschung der ganzen Region weitergeht. Unter dem Deckmantel der Demokratie werden auf zynische Weise imperiale und koloniale Ziele verfolgt.

Im Rahmen der Besatzung

Zunächst sollte man bedenken, dass die palästinensischen Wahlen im Kontext einer brutalen 38-jährigen Militärbesatzung stattgefunden haben. Zudem herrschten spezielle Rahmenbedingungen, da seit Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada im September 2000 fast 4000 PalästinenserInnen getötet wurden. Im selben Zeitabschnitt kam es auch zu tiefgreifenden Umwälzungen im Leben der PalästinenserInnen, hatte Israel doch allen Aspekten ihrer Existenz sowie ihrer sozialen und nationalen Selbstbestimmung den totalen Krieg angesagt. Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass zur Zeit 8000 politische Gefangene in israelischen Gefängnissen sitzen. Auch einige demokratisch gewählte Parlamentarier gehören dazu (z.B. die Mitglieder des Palästinensischen Legislativrats Husam Khader und Marwan Barghouti). Dies macht klar, wie weit es mit der Immunität für offiziell gewählte PalästinenserInnen im



Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas

Rahmen der bestehenden israelischen Besatzung her ist.

Wahlverhinderung und -abstänze

Um die Wahlen ranken sich aber noch weitere Mythen, die es zu entlarven gilt. Mahmud Abbas, auch Abu Mazen genannt, hat zwar mit 62 % gesiegt, tatsächlich haben sich an der Wahl jedoch weniger als 46 % der 1,7 Mio.



Wahltag in Westbank

Wahlberechtigten beteiligt. Der Grund dafür ist, dass viele entweder den Wahlboykott befolgten (Aufruf von Hamas und Islamischer Jihad) oder aber der ganzen Wahl oder den Kandidierenden misstrauten. Wer könnte ihnen dies auch verübeln, angesichts der Tatsache, dass die israelische Armee in den 60 Tagen zwischen dem Tod Arafats und dem Wahltag 105 PalästinenserInnen getötet hat. Ausserdem war die palästinensische Diaspora – fünf Millionen Menschen – von den Wahlen ausgeschlossen. Dies zementiert die Teilung des palästinensischen Volkes und beraubt die Flüchtlinge, die zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen, ihrer Stimme.

Auch andere Unstimmigkeiten widerlegen das Bild „freier und fairer“ Wahlen:

46 Mitglieder der palästinensischen Wahlkommission legten innert Tagen nach der Wahl ihre Ämter nieder, mit der Begründung, sie seien von Mahmud Abbas' MitarbeiterInnen dazu gedrängt worden, die Wahlverfahren kurzfristig zu ändern; 25 000 Menschen blieben am Grenzübergang von Rafah stecken und konnten nicht in ihre Heimatorte gelangen, um von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Befreiungspolitik in der Post-Arafat-Ära

Trotzdem sollte man auch die Beweggründe der WählerInnen nachvollziehen. Mahmud Abbas' Sieg ist eine Folge des enormen Machtvakuum, das nach dem Tod Jassir Arafats entstanden ist und in der Nationalbewegung für grosse Unsicherheit gesorgt hat. Unter Druck der Kandidatur des populären Fatah-Führers Marwan Barghouti war Abbas gezwungen, gegenüber der Basis der Hamas-Wählerschaft zu beteuern, er werde die Hauptzüge der von Arafat entworfenen nationalen Befreiungspolitik weiterverfolgen, was auch ein vollständiges Ende der Besatzung von 1967 sowie das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge beinhaltet. Abbas Sieg sollte als Auftrag der Fatah begriffen werden, die wichtige Übergangsphase von der palästinensischen Nationalbewegung zur Post-Arafat-Ära zu regeln.

Die USA und Israel werden nun grossen Druck auf Abbas ausüben, damit er Zugeständnisse bezüglich der nationalen Rechte der PalästinenserInnen macht. Aber grundsätzlich wird sich wenig ändern, solange die zionistischen Ziele, die Israel seit dem Ausbruch der Intifada verfolgt, mit expliziter oder stillschweigender Unterstützung der USA weiter umgesetzt werden. Dazu zählen einerseits die schrittweise Schwächung und Zerstörung der Befreiungsbewegung und andererseits die Strategie, das Leben in der Westbank und im Gazastreifen so unerträglich zu machen, dass die PalästinenserInnen ihr Land und ihre Häuser verlassen, um sich auf die Suche nach einem besseren Leben zu machen. Kurz gesagt: Was bisher war, geht auch zukünftig weiter – mit oder ohne Wahlen.

Toufic Haddad ist zusammen mit Tikva Honig-Parnass Herausgeber der linken palästinensisch-israelischen Zeitung „Between the lines“
Übersetzung aus dem Englischen: nw/mw

Soda-Club: Der Trinkwassersprudler aus illegaler Siedlung – mit Zollvergünstigung

Der Trinkwassersprudler Soda Club wird in vielen Grossverteilern der Schweiz angeboten (Fust, Coop, EPA) und steht wohl auch in manchen Küchen von PalästinafreundInnen. Mit dem Gerät kann Trinkwasser mit CO₂ zum Sprudelwasser aufgepeppt werden. Die israelische Herstellerfirma bietet dazu noch zahlreiche Aromakonzentrate, die aus dem Sprudelwasser Cola, Orangensaft oder ein anderes künstliches Süssgetränk machen. Die Geräte werden seit 1996 in der Industriezone der illegalen Siedlung Ma'ale Adumim östlich von Jerusalem in der Westbank und die Aromakonzentrate seit 2003 in Ashkelon südlich von Tel Aviv produziert. Das Unternehmen Soda Club gehört zu den grössten Siedlungsexporturen.

Auf ihrer Webseite versucht die Firma ihre Produktionsstätte für die Geräte in der Westbank als „nahe von Jerusalem“ zu kaschieren; auf der Verpackung gibt sie „made in Israel“ an. Gegenüber den Schweizer Zollbehörden wird aber tatsächlich die Siedlung Ma'ale Adumim als Produktionsstandort der Geräte genannt. Die AK Palästina in Tübingen, die wegen Umgehung des Freihandelsabkommens mit der EU über die Firma recherchierte, erhielt von dieser selbst die gleiche Angabe.

Die Schweizer Behörden dürften also über die falsche Herkunftsdeklaration auf den Gerätepackungen informiert sein, wie auch über die gesetzeswidrige Umgehung des EFTA-Freihandelsabkommens, das Zollvergünstigungen für israelische Produkte (aber nicht aus den besetzten Gebieten) vorsieht. Weder EU- noch Schweizer Behörden haben bisher wirksame Massnahmen gegen dieses gesetzeswidrige Verhalten ergriffen (siehe auch unseren Artikel im Palästina-Info von Frühling 04).

Das Beispiel von Soda Club zeigt, dass, wer Produkte „made in Israel“ kauft, auch Produkte aus illegalen Siedlungen in den besetzten Gebieten kauft und diese damit unterstützt. Dies ist mit ein Grund, weshalb die Palästina-Solidarität Region Basel mit 28 anderen Organisationen aus der Schweiz zu einem umfassenden Boykott von Produkten aus Israel und zu Sanktionen gegen diesen Staat aufruft.

Petition gegen das EFTA-Freihandelsabkommen mit Israel

PaSo Basel, PaKo Zürich u.a. sammeln Unterschriften gegen das Freihandelsabkommen der EFTA (darunter auch die Schweiz) mit Israel. Das Abkommen sieht Zollvergünstigungen für Produkte vor, die in Israel erzeugt wurden (geschliffene Diamanten, Lebensmittel etc.). Die Palästina-Solidarität wendet sich gegen eine Vorzugsbehandlung und Begünstigung eines Staates, der permanent gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte verstösst und seine nicht-jüdischen BürgerInnen systematisch diskriminiert.

BUCHTIPPS

Kanaana Sharif & Heumann Pierre: Wo ist der Frieden? Wo ist die Demokratie? Der palästinensische Witz: Kritik, Selbstkritik und Überlebenshilfe. Chronos Verlag 2001, ISBN 3-0340-0536-9.

Eine hintergründige Witzesammlung, die den sarkastischen Humor zeigt, der es den PalästinenserInnen oft erlaubt, Distanz zum widrigen Besatzungsalltag zu schaffen. Während vier Jahren sammelten und analysierten S. Kanaana, palästinensischer Ethnologe an der Uni Bir Zeit, und P. Heumann, schweizerischer Journalist bei verschiedenen Tageszeitungen, Witze und Legenden.

Warschawski, Michael: Mit Höllentempo. Die Krise der israelischen Gesellschaft. Nautilus Verlag 2004, ISBN 3-89401-448-2.

Ein Buch über die Zerrüttung der israelischen Gesellschaft, die Verrohung von Sprache und Einstellungen vor dem Hintergrund von Besatzung und Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung.

Neidhardt, Irit (Hg.): Mit dem Konflikt leben!? Berichte und Analysen von Linken aus Israel und Palästina. Unrast Verlag 2003, ISBN 3-89771-010-2.

Der Sammelband beleuchtet in verschiedenen Artikeln uns wenig vertraute Themen. Er belegt die Heterogenität und die starke Hierarchie der palästinensisch-israelischen Bevölkerung.

TERMINE

Samstag, 2. April

Demonstration gegen Besatzung und für die Rückkehr aller Vertriebenen: 13.30 Uhr, Hechtplatz in Zürich

Samstag, 9. April

Mittagessen (Olla comun) im K5 zugunsten des CFD-Frauenprojekts im Gazastreifen: ab 12 Uhr, Gundeldingerstrasse 161 in Basel

Mittwoch, 20. April

Lebensrealitäten palästinensischer Frauen
Bericht von einer Frauendelegationsreise nach Israel und in die Westbank, 19.30 Uhr, Basel, Gemeinschaftsräume der Matthäuskirche (Kleinbasel) sowie ev. in Zürich und Bern – Datum und Ort auf Anfrage

Sonntag, 17. oder 24. April

Radio Lora zwischen 18.00 und 20.00 Uhr. Sendung über Frauendelegation

Sonntag, 1. Mai

Basel: ab 12 Uhr Informationsstand auf dem Barfüsserplatz
Zürich: Filmvorführung auf dem Zeughausareal

Fr./Sa./So. 3.–5. Juni

Palästina-Diskussionen am Schweizerischen Sozialforum in Fribourg

Regelmässige Termine

Mahnwache in Basel, jeden ersten Freitag im Monat (1.4., 6.5., 3.6., 1.7., 5.8.) jeweils auf dem Barfüsserplatz, 17.30–18.30 Uhr

Offener Vorstand der Palästina-Solidarität

Basel: jeden ersten Dienstag im Monat (5.4., 3.5., 7.6., 5.7., 2.8.) jeweils um 19.00 Uhr in der Amerbachstr. 37 (Glocke Hinterhaus)

Standaktion des Palästina-Komitees

Zürich, Ort per E-mail unter palaestinakomitee@bluemail.ch nachfragen: 16.4., 25.5., 16.6. und 9.7.



Impressum

HerausgeberInnen: Palästina Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel und Palestinakomitee Zürich, Postfach 1911, 8031 Zürich

Redaktionelle Mitarbeit: Urs Diethelm (ud), Lena Heizmann (lh), Valérie Meyer (val), Kathrin Theurillat (kt), Andreas (ab), Nicolas Wasser (nw)

Weitere Beiträge: Birgit Althaler, Toufi c Haddad, Regula Senn, Christine von Schroeter

Bildbearbeitung/Grafik: Lorenza Diaz und Corinna Staffe

Korrektorat/Lektorat: Alena Wehrli (mw), Christine Senn und Birgit Althaler

Layout&Gestaltung: g.iliev_design